

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 235/01 vom 31. Mai 2001

TOP 30 und 32

Sylvia Eisenberg: In Schleswig-Holstein ist faktisch nichts geschehen

Immer, wenn die Opposition konkrete Anträge stellt, so geschehen am 21.2. diesen Jahres, fordern die Regierungsfractionen erst einmal einen Bericht der Landesregierung, um dieser die Gelegenheit zu geben, sich positiv darzustellen, was aber- wie Sie gleich feststellen werden- meistens nicht gelingt. Der jetzt vorgelegte Bericht, nur noch 9 Seiten im Unterschied zum letzten mit 14 Seiten, ist quantitativ etwas geschrumpft. Aber das soll ja nicht stören, denn die Qualität soll das Entscheidende sein.

Aber was in diesem Bericht den Anschein von Qualität erwecken soll, lässt sich mit den Worten umschreiben:

Wer nicht weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis!

Bereits seit 1996 befassen sich die Kultusministerien der norddeutschen Länder mit den Vorschlägen für den Einstellungs- und Ersatzbedarf zunächst für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen. Ergebnis: Nach 3 Jahren ist eine Broschüre im Herbst 99 erschienen. Hier hat offensichtlich ein Berg mit viel Getöse gekreist und ein Mäuschen ist herausgekommen.

Seit 99 befasst sich auch die KMK mit dem Problem des Nachwuchsmangels und der notwendigen Nachwuchswerbung. Ergebnis im Februar 2001: länderübergreifende Arbeitskreise mit verschiedenen Themen wurden eingesetzt, um ein Maßnahmenbündel zu realisieren, das z.T. gute Ansätze zeigt, so z. B. die Öffnung für qualifizierte Quereinsteiger mit berufsbegleitender pädagogischer Qualifikation, wie sie die CDU im Febr. bereits für die Einstellung von Fachlehrern gefordert hat, oder die Prüfung vorgezogener Einstellungsangebote und die Verkürzung von Wartezeiten für angehende Berufsschullehrer, bevor diese in den lukrativeren Bereich der Wirtschaft abwandern. Dieses Maßnahmenbündel der KMK finden Sie im vorliegenden Bericht der Landesregierung wieder, faktisch aber ist in SH, außer der Erstellung eines Flyers, seit 1996 nichts geschehen. Notwendig sind unserer Meinung nach allerdings auch flexible Einstellungstermine, um angebots- und nachfragegerecht auch aus der Sicht der Schulen schnelle Entscheidungen treffen zu können.

Für diese von mir genannten Themenkomplexe ist allerdings das Land Schleswig-Holstein allein zuständig, und in diesem Bereich, Frau Erdsiek-Rave, sind nicht nur Worte und Pläne gefragt, sondern Taten wollen wir sehen, um den dringenden Bedarf an Lehrkräften zu decken. Andere Bundesländer wie NRW und Hessen haben bereits mit der Umsetzung der KMK-Vorschläge begonnen.

Darauf zu warten, dass vielleicht Berufsschullehrer aus den neuen Bundesländern den Ersatzbedarf gerade des Landes Schleswig-Holstein decken könnten, ist kein Argument für die nahe Zukunft. Falls diese Lehrkräfte Ihr Interview in der SH-Landeszeitung vom 22.03.2001 gelesen haben, werden diese Schleswig-Holstein scheuen wie der Teufel das Weihwasser und in andere Bundesländer abwandern, die angehenden Lehrern bessere Rahmenbedingungen und Zukunftschancen bieten können und wollen. Ihr Interview ,Frau Erdsiek-Rave, mit der Androhung der Verlängerung der Arbeitszeit, der Einschränkung der Teilzeitarbeit und der Rücknahme der Altersteilzeit für Lehrer – hat Ihre Werbekampagne für mehr Lehrer für dieses Land ad absurdum geführt. Ich bezweifle auch, dass sich fertige Diplom-Informatiker oder Diplom-Mathematiker sowie Elektrotechniker unter diesen Rahmenbedingungen für die Schulen werben lassen. Auch die niedrigen Anwärterbezüge, die z.T. unterhalb des Gehaltes eines Lehrlings im 3. Lehrjahr liegen, lassen keinen Diplom-Informatiker vor Freude aufschreien. Wir fordern Sie daher nochmals dringend auf, auf die Erhöhung der Anwärterbezüge v.a. für Berufsschullehrer hinzuwirken. Unseren Antrag hat der Landtag zwar am 21.02.2001 abgelehnt, aber das wird uns nicht daran hindern, das weiter zu fordern. Wir fordern auch aktiv das Problem der Anwärtersonderzuschläge anzugehen. Diese hat es bis 1994 auf dem Verordnungswege gegeben. Eine Anpassung der Anwärtersonderzuschlagsverordnung ist dringend notwendig. Wenn Sie den föderalen Wettbewerb im Bildungswesen für wünschenswert halten (S.4), setzen Sie sich an die Spitze der Bewegung. Das 35 Mio.-DM-Loch haben schließlich nicht die Lehrer an den Schulen, sondern das Bildungsministerium verschuldet. Meine Damen und Herren, erst wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wird auch die Werbung um neue und notwendige und v. a. qualifizierte Lehrkräfte an unseren Schulen Erfolg haben. Wenn Sie die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen den hohen Wert einräumen, von dem Sie immer reden, so ist auch ein finanzieller Einsatz erforderlich. Setzen Sie sich beim Bund und beim Finanzminister durch. Daran werden Sie gemessen werden. Unsere Unterstützung haben Sie dabei.